

Politik der Medien.

Demokratische Demobilisierung am Beispiel der G20-Berichterstattung

Rainer Mühlhoff, 13.07.2017

Dieser Text erschien zuerst am 14.07.2017 in der *Berliner Gazette*,
<http://berlingazette.de/g20-demokratische-demobilisierung/>

Am Samstag den 8. Juli 2017, dem letzten Tag des G20-Gipfels in Hamburg, gingen 70–80.000 Menschen im Rahmen der Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“¹ auf die Straße. Davor, über einen Zeitraum von fast zwei Wochen, hat eine breit angelegte Kampagne von Politik und Massenmedien (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) konsequent daran gearbeitet, jede*m, der*die mit der Idee spielte, für einen friedlichen politischen Protest nach Hamburg zu reisen, diese Flause auszutreiben.

In einem breiten Unisono der meisten bürgerlicher Blätter und Medienorgane wurde mit drohendem Zeigefinger die „Null Toleranz“-Ansage des Innenministers² und die apokalyptischen Prognosen des Verfassungsschutzes³ wiederholt. Schon im Vorfeld der Proteste wurde ein Klima preemptiver Angst und Empörung geschaffen, anstatt den Fokus auf die Lage der Hamburger, den die politische Thematisierung des Gipfels und möglicher Argumente dagegen zu legen. Suggestiv vereinfachende Nachrichten-Headlines wie

G20-Gipfel

Gewaltbereite Demonstranten müssen mit harten Strafen rechnen

Justizminister Maas hat angekündigt, gewalttätige Ausschreitungen strafrechtlich konsequent zu verfolgen. Tausende Gegner des G20-Gipfels werden in Hamburg erwartet.

Vor 31 Minuten / [52 Kommentare](#)

Screenshot zeit.de, 1.7.2017

1 <http://g20-demo.de>

2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article166177982/Gewalt-muss-von-Anfang-an-im-Keim-erstickt-werden.html>

3 <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-06/g20-gipfel-hamburg-sicherheitsbehoerden-demonstranten-linksextremismus>

rückten jedes Protestvorhaben gegen den Gipfel in die Nähe der Gewaltbereitschaft und bereiteten schon Tage vor dem Gipfel den Kurzschluss zwischen Opposition und Kriminalisierung vor, der sich jetzt, im Nachgang voll entfaltet.

Wer also eigentlich geplant hatte, für eine der angemeldeten Kundgebungen nach Hamburg zu reisen, sah sich einer vorausseilenden Diskreditierungen und mitunter breitem Unverständnis bei Freunden und Bekannten ausgesetzt. Das liegt daran, dass politische Stimmen, die sich mit Argumenten gegen den Gipfel positionierten, in den etablierten Medien so gut wie keine *mediale Repräsentation* fanden. Die Aufhebung des Demonstrationsrechts in großen Teilen des Hamburger Stadtgebiets („blaue Zone“) machte auch von offizieller Seite klar: Die Äußerung von Dissens ist hier nicht erwünscht, die Demokratie wird in Hamburg für zwei Tage auf Eis liegen.

Weitestgehend fehlte indes die mediale Berücksichtigung des Gegengipfels „Gipfel für globale Solidarität“ unter breiter Beteiligung von Stiftungen und NGOs⁴, oder der Medien- und Informationsarbeit des Mediencenters FC/MC⁵ als etwas im demokratischen Sinn schützenswertes. Das mediale Bild, das so erzeugt wurde, ist unseriös und eindimensional: nach Hamburg fahren nur Menschen, die randalieren wollen.

Und doch kamen am 8. Juli fast 80.000 Menschen, um ihre Stimme gegen den G20-Gipfel zu äußern. Ein großer Demonstrationzug lief vom Dammtorplatz bis ins Stadtviertel St. Pauli und füllte einen kilometerlangen Straßenzug. Allein, das mediale Spiegelbild der Proteste hat sich auch an diesem Tag nicht geändert. Wer während der Demonstration oder danach die Titelseiten gängiger Online-Nachrichtenportale aufrief, fand über das Großereignis, dessen Teil er*sie war, nur Randnotizen.

Die Blätter und Rundfunkanstalten arbeiteten sich noch an den Krawallen und Plünderungen ab, die linksextreme Splittergruppen, spontanen Gelegenheitsrandalierer und räuberischen Banden⁶ in der Nacht von Freitag auf Samstag an der Sternschanze verübt hatten. Im Mittelpunkt standen noch immer die Bilder brennender Barrikaden und zerschlagener Schaufenster, obwohl es zu diesem Zeitpunkt längst genügend Bildmaterial gegeben hätte, das gefüllte Straßen bunt gekleideter Menschen mit Transparenten und Flaggen zeigte. „Diese Demonstration findet medial keine Beachtung, aber darauf kommt es nicht an – wir tun das für uns: Demonstrieren ist heutzutage *interne* Kommunikation!“ rief mit dem gutgemeinten Versuch fatalistischer Ironie eine Aktivistinnenstimme aus einem Lautsprecherwagen des Protestzuges.

4 <http://solidarity-summit.org>

5 <https://fcmc.tv/>

6 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/g20-in-hamburg-der-gescheiterte-gipfel-vier-lehren-aus-g20-a-1156840.html>

Gewalt der Belagerung

Doch nicht allein für oppositionelle *Themen und Argumente* fehlte die mediale Repräsentation im konstruierten Klima der Angst vor den „gewaltbereiten 8000“. Es fehlte auch der Blick für die Demütigungen und Ängste derer, die vor Ort leben und über Wochen die Externalitäten des Gipfels in Hamburg tragen mussten. Bereiche der Innenstadt wurden über Tage durch einen autoritären Polizeieinsatz⁷ belagert, der die allgemeine Bewegungsfreiheit, die Geschäfte und Gewerbe, Lieferdienste, Pflegedienste, Gastronomie, Abendunterhaltungen und viele weitere Zweige des Stadtlebens lahm legte. Die Sicherung der Protokollstätten und -flächen hatte Priorität, nicht nur gegenüber dem Versammlungsrecht sondern vor dem Leben schlechthin.

Anwohner berichten von einer über Tage sich anstauenden Wut gegen das grobe Auftreten der Beamten, die Lieferwege, Arztbesuche und Freizeiträume behindern. Ein offener Brief ansässiger Gewerbetreibender im Schanzenviertel⁸ stellt klar, die Eskalation der Gewalt am Freitag Abend lag vor allem auch *daran*, – sie war nicht allein das Werk eines „schwarzen Blocks“, sondern wurde von weitaus mehr Menschen vor Ort getragen.

Restaurants mussten schließen, weil sie seit Tagen nicht mehr beliefert werden konnten; pflegebedürftige Kranke saßen in ihren Wohnungen fest, von der Außenwelt abgeschnitten.⁹ Eine Gruppe nicht-schwarz gekleideter Frauen, die auf dem Weg nach Hause am Freitag Abend den Ausschreitungen ausweichen wollte und dazu durch einen Park lief, trifft dort überraschend auf eine Gruppe Polizisten, die ihnen mit erhobenem Schlagstock sagen: „Haut ab oder ihr kriegt was auf die Fresse.“ In kleinen und großen Begegnungen dieser Art wird den Bewohnern einer ganzen Stadt klar gemacht: Um eure Belange geht es in dieser Woche höchstens sekundär.

„Ja, wir haben direkt gesehen, wie Scheiben zerbarsten, Parkautomaten herausgerissen, Bankautomaten zerschlagen, Straßenschilder abgebrochen und das Pflaster aufgerissen wurde“, heißt es in dem offenen Brief.¹⁰ „Wir haben aber auch gesehen, wie viele Tage in Folge völlig unverhältnismäßig bei jeder Kleinigkeit der Wasserwerfer zum Einsatz kam. Wie Menschen von uniformierten und behelmtten Beamten ohne Grund geschubst oder auch vom Fahrrad geschlagen wurden. [...] Wir leben und arbeiten hier, bekommen seit vielen Wochen mit, wie das „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“¹¹ ein Klima der Ohnmacht, Angst und daraus resultierender Wut erzeugt. [...] Wir hatten als Anwohner mehr Angst vor den mit Maschinengewehren auf unsere Nachbarn zielenden bewaffneten Spezialeinheiten als vor den alkoholisierten Halbstarcken, die sich gestern hier ausgetobt haben.“

7 <https://g20-doku.org/>

8 <https://www.facebook.com/CantinaPopularHamburg/posts/2009834439251557>

9 <http://www.arte.tv/de/videos/073399-041-A/re-g20>

10 <https://www.facebook.com/CantinaPopularHamburg/posts/2009834439251557>

11 Der Hamburger Innensenator Andy Grothe (SPD) im Mai 2017: „Der G20-Gipfel wird auch ein Schaufenster moderner Polizeiarbeit sein.“ Quelle: dpa / <http://www.zeit.de/news/2017-07/08/g20-fruehere-zitate-zur-sicherheit-des-g20-gipfels-08101203>

Welche Möglichkeiten bleibt einem Stadtviertel, sich gegen den Missbrauch ihres Lebensraums für eine weltpolitische Machtdemonstration von Trump, Erdogan, Merkel & Co. zu artikulieren, wenn auf der einen Seite autoritär enthemmte Polizisten und auf der anderen Seite halbstarke Randalierbolde und autonome Splittergruppen vor ihrer Haustür Barrikaden anstecken? Hat die systematische Demobilisierung ziviler, gewaltfrei artikulierter Massenproteste nicht gerade dazu beigetragen, dass die Proteste dieser Nachbarschaften durch Bilder der Gewalt vereinnahmt werden konnten?

Blind für die Demütigung der Betroffenen

Nicht nur von medialer Fehlrepräsentation linker oppositioneller Debatten und Argumente ist also zu sprechen, sondern auch von unseriöser Angstmache der Medien durch Gleichsetzung von Protest und Gewalt, die die *realen* Ängste und Demütigungen der vor Ort Lebenden verkennt. Eine schon vorauslaufend in Empörung versetzte mediale Öffentlichkeit in den Wohnzimmern dieser Republik wurde *strategisch unempfindsam gemacht* für die Sorgen derer, deren Belange über Tage und Wochen untergeordnet waren. Kann man sagen, dass die psychologisch-affektive Ökonomie unserer öffentlichen Debatte diese Immunisierung gegen einen empathiefähigen Blick auf die von Staatsgewalt betroffenen Anwohner *benötigte*, um die Stimmung nicht völlig gegen den G20 in Hamburg kippen zu lassen? Erfüllte die präemptive Skandalisierung der Proteste die unfreiwillig-strategische Funktion, eine eigentlich vorhandene Solidarität mit den Hamburgern gegenüber den harschen Polizeiaktionen zu unterminieren? Immerhin war nämlich schon im Vorfeld eine Mehrheit in Deutschland gegen diesen Austragungsort¹².

Auch ein seltsamer Voyeurismus und von Gewalterwartungen erzeugter Sensationalismus gehört zu den Folgeerscheinungen dieses medialen Spiels mit der Angst einer breiten Öffentlichkeit. Unzählige Kamerateams, Photograph*innen und Gelegenheits-Selfie-Schießer*innen fühlten sich zu den brennenden Barrikaden hingezogen und produzierten eine Fülle an weltweit zirkulierendem Bildmaterial. Hätten nicht mit gleicher Energie die Kameras auch auf die Großdemonstration gerichtet werden können, um Bilder zu liefern, die große Menschenmengen zeigen, Plakate und politische Themen?

Dies ist eine Frage medialer *Bildpolitik*: Die wenigen Artikel, die die Großkundgebung erwähnten, zeigten Fotos zerstreuter Menschenhäuflein aus der Bodenperspektive und sprachen von „zehntausenden“ (erzeugt ein anderes Bild als z.B. „fast hunderttausend“, oder?) – bevor sie noch im selben Absatz wieder zu Bildern der brennenden Barrikaden aus der Vornacht übergingen. Der Fokus in Bild und Wort lag auf der Gewalt – keine Luftaufnahmen, kein Versuch den quantitativen Umfang friedlicher Proteste abzubilden, kein Versuch die Inhalte zu erwähnen. Bemerkenswerter Weise hat das mit den zeitgleich statt-

12 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g20-in-hamburg-nur-ein-drittel-der-deutschen-sieht-den-gipfel-positiv-a-1155761.html>

findenden Massenprotesten in Istanbul¹³ viel besser geklappt: Die Startseite der „Tagesschau“ zeigte am Samstag Nachmittag: Luftaufnahmen, Transparente, Bilder voller Straßen – nur leider nicht aus Hamburg, sondern aus der Stadt am Bosphorus.

Mediale Unterrepräsentation zivilen Protests und seiner Thesen war schon bei den Demonstrationen gegen TTIP 2015 und 2016 mit mehr als 100.000 Menschen in Berlin erkennbar, sowie bei den Protesten anlässlich der EZB-Eröffnung in Frankfurt am Main 2015. Immer wenden sich diese Proteste gegen bestimmte Strukturinstitutionen des transnationalen Wirtschafts- und Regierungsapparats – die europäischen Finanzinstitutionen, die transatlantischen Freihandelsverträge, die G20-Plattform für demokratisch nicht transparente Hinterzimmerpolitik der globalen Tonangeber. Und immer werden die Stimmen, die sich dagegen erheben, als *gegen das System gerichtet* repräsentiert und Protestaktionen schon im Vorfeld kriminalisiert. Dabei könnten Massenmedien einen wichtigen Beitrag zum Gelingen einer Demokratie leisten, wenn sie oppositionelle Stimmen des pluralistischen Positionenspektrums auch als das abbilden: Als *politische* Stimmen, als politischer Meinungsartikulation. Politische Meinungsbildung ist in demokratischen Staatsformen immer medial vermittelt, und das heißt im Umkehrschluss, dass den Medien hier eine hohe Verantwortung zukommt, der sie zur Zeit nicht gerecht werden.

Demokratische Demobilisierung

Hamburg zeigt: Wir befinden uns in einer Krise der *medialen Repräsentation*. Die Strategie demokratischer Demobilisierung, die oft (und treffend) dem Regierungsstil Angela Merkels zugeschrieben wird, basiert darauf, dass große Medienhäuser dabei prägend mitspielen. Ich möchte hier auf einen bedeutenden *strategischen Effekt*, auf eine freiwillig-unfreiwillige Tendenz im symbiotischen Zusammenspiel von Medien und etablierter Politik hinaus: Wenn dieses Zusammenspiel vor und während des G20-Gipfels eine übergeordnete – und wohl noch lange wirkende – Signatur trug, dann die Verweigerung und Vermeidung eines großen zivilen *linken* Diskurses, der sich gegen den Gipfel artikuliert.

Die Extremisierung linken politischen Denkens, die Gleichsetzung dieses Denkens entweder mit Gewalt oder mit schmarotzenden Lebensformen ist ein Bild, an dessen Konstruktion u.a. die Konrad-Adenauer-Stiftung¹⁴ und die Springer-Presse seit Jahrzehnten behäbig arbeiten. Die Gleichung „Linke sind Extremisten“, und „Linksextremismus ist kaum wesentlich verschieden von Rechtsextremismus“ wird in kontextbezogenen Variationen immer wieder als Argument vorgebracht.¹⁵

13 <http://www.tagesschau.de/ausland/marsch-gerechtigkeit-103.html>

Hier z.B. der Überblick aller Tagesschau.de-Artikel vom 8.7.17: Keiner zu den Protesten dabei. http://www.tagesschau.de/archiv/meldungsarchiv100~_date-20170708.html

14 https://www.kas.de/wf/doc/kas_15029-544-1-30.pdf?120404131117 ; www.kas.de/wf/doc/kas_31305-544-1-30.pdf?121015155907 ; http://www.kas.de/wf/doc/kas_31312-544-1-30.pdf?120613104310

15 Siehe aktuell z.B. den Maischberger-Talk vom 12.7. (<https://www.youtube.com/watch?v=XqZ2bilhG1s>) und die daran sich entfachende Feuilleton-Debatte.

Mediale Repräsentation ist nicht einfach eine Spiegelung der Realität. Zwischen Politik und Welt stehend, greift sie selbst gestaltend in die Verhältnisse ein. Medien kreieren und ermöglichen politische Artikulationsformen und Meinungsbildungsprozesse; durch Sichtbarkeit verleihen sie ihnen erst ihre *Möglichkeit*. Durch die Konstruktion eines Klimas der Angst trugen sie umgekehrt zur Demobilisierung aller derer bei, die erwägten, nach Hamburg zu reisen, um ihren Unmut zu artikulieren – und verengten damit den Optionenraum politischen Widerspruchs auf die gewaltförmigen Varianten. Bei der Frage, wie ein bestimmtes Ereignis medial abgebildet wird, handelt es sich nicht einfach um einen „Kampf der Bilder“, wie es eine um Ausgewogenheit bemüht erscheinende *arte*-Reportage am 11. Juli ungeschickt behauptet¹⁶: Als würden verschiedene Bilder von den Protesten bei prinzipiell neutralen Medienanstalten um ihre Verbreitung konkurrieren.

Das Medium ist kein neutraler Vermittler, sondern *Erzeuger* von Bild- und Informationsrealitäten. *The medium is the message* – und da die Angstbotschaft von den 8000 erwarteten Gewalttäter*innen und die Ansage einer „Null Toleranz“-Politik der Polizei dem Ereignis Tage voran gingen (nicht jedoch: Inhalte, Gegenargumente, Berichte über geplante Demonstrationen zivilgesellschaftlicher Träger), war diese Angst und dieser resolute Habitus dann auch das *Medium*, in dem die Proteste sich entfalteten und jene Hunderttausend keine Vermittlung erfuhren, die bloß zum Demonstrieren kamen.

Linke Bewegungen sollen anti-gesellschaftlich erscheinen

Diese aktive, politisch gestaltende Rolle der Massenmedien ist in die komplexe Frage mit einzubeziehen, wie es zu den Ausschreitungen in Hamburg kam. In dem vorliegenden Fall war diese Rolle durch Komplizenschaft mit dem regierenden Apparat, nicht mit der Demokratie, gekennzeichnet. Es könnte kurz so scheinen, als wäre die einfache sozialpsychologische Einsicht hier bestätigt worden: Ein repressiver Zusammenschluss aus Politik und Medien hat fatalerweise genau das produziert, was er verbieten und verhindern wollte – nämlich Protest als Gewalt. Und vielleicht dachten die Autonomen und Gelegenheitsrandalierer des Abends auch tatsächlich, dass sie wegen der vorauslaufenden Diffamierungen durch Medien und Repressionen durch Polizei „erst recht“ dazu legitimiert seien, mit Gewalt zu agieren; andere Bilder vom Protest würden es eh nicht um die Welt schaffen.

Doch dieser Gedankengang greift eine Ecke zu kurz. Ein großer und friedlicher, dabei *medial umfassend sichtbarer* Protest einer ganzen Stadt gegen den Gipfel wäre politisch viel gefährlicher gewesen. Der strategische Konvergenzpunkt, auf den das unfreiwillige Zusammenspiel von Politik und Medien mit langem Atem hinwirkt, ist gar nicht die Verhinderung von Gewalt, sondern die *Demobilisierung des linken politischen Diskurses* als Teil der demokratischen Opposition. Die Gewalt gegen Polizei und das Eigentum kleiner Leute ist ein Kollateralschaden, den dieses Ensemble anti-demokratischer Machtpolitik so-

¹⁶ <http://www.arte.tv/de/videos/073399-041-A/re-g20>

gar bereit ist, in Kauf zu nehmen – solange es damit gelingt, eine demokratische linke Bewegung als politischen Gegner auszuschalten.

Diesen Twist hatten jene Aktivisten, die Gewalt verübten, nicht auf dem Schirm und so haben sie sich dafür einspannen lassen, gemeinsam mit spontan Randalierlustigen *und der Polizei* genau die Bilder zu produzieren, die das strategische Ensemble braucht, um linke Bewegungen als anti-gesellschaftlich erscheinen zu lassen. In dieser Perspektive muss man fast Mitleid bekommen mit den Polizist*innen, die nämlich ebenfalls einen einkalkulierten und ausgebeuteten Sklavendienst an einem viel größeren Apparat leisten. Lange schon kommt der Polizei nicht mehr – wenn überhaupt jemals – die Aufgabe zu, den demokratisch-rechtsstaatlichen Rahmen zu sichern, zu dem nämlich auch die Ermöglichung oppositioneller Kundgebungen gehören würde. Sie ist selbst zu einer *antagonistischen* Kraft *innerhalb* der politischen Kämpfe herabgesunken – auf Augenhöhe mit Randalierern –, denn unter dem Siegel der „Sicherheit“ wird sie so eingespannt, dass sie gegen die Bewohner*innen großer Teiler einer Stadt Partei für den Gipfel ergreift, anstatt für die Demokratie.